

der Lebens-
e alle Brüte
sauerthalen.
deshalb im
tionen eine
von Pfleg-

erishobenstelle
ung über die
so manchen
demitte
hervorgerufen
Richtwert (300
Karte" bege-
30 Jtr. Haus-
über 40 Jtr.
von der heil-
ur Käufe und
übernd damit
l. Im letzten
gt. Käufe und
gen mehrfacher
gezogenen.
Dies
bernd wischen,
zugleich bewoh-
nern Höhlen,
die Minder-
350 Mr. und
40 Jtr. Höhle
einbezogen und
sen wird mon-
re das bereits
der Polonie
hören. Da in
erhöhten, wird
n kommen
x.

erbrig. Naunhof.
darnach heilige
schaim!
nd Jungfrauen.
heater.

Rechte".

Uhr: „College

ipzigs.

egent. Detektis-
s in dem 4ft.

Detektivbeamter
me in 4 Abt.:
abwechslung.

te in Naunhof —

gs-Verein

ür Naunhof
ten Herrn
ngem.

Dresden-A.,

euen

ll. Beungs-
scheine
bis 10. Mai

lden.

ellsdorf.

schlechte

bboden

rn mit Theo.

Wasser gelöst,
kel Mr. 3.50
me, reicht für
Anerkennungen
Mag Krüger

he Produkte,

Ziegelfab. 59.

hne A. (Bank-
h für 1. Juli

Wohnung

abehör, oder 2

mo. m. Alten-
s.

, „F.N. 152“

ank Leipzig.

ll. kinderl.

Familie zu

sucht. Angeb.

arten" o. d.

den Blattes.

issen+

Aller und Ge-

Auskunfts un-

Sanitas.

Abkömml. 23.

farten

iehl!

Hing & Cule.

Nachrichten für Naunhof

Amtlicher Anzeiger



Sächs. Landeszeitung

Deutsche Sonntagszeitung

Bearbeitetes Nr. 2

für die Gemeinden Albrechtshain, Althen, Aummelshain, Belgershain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Engelsdorf, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteenberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Seifertshain, Sommerfeld, Staudtnitz, Threna etc.

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, abends 6 Uhr. Bezugspreis vierjährig 2 Mk. 40 Pf., monatl. 80 Pf., durch die Post bezogen inkl. der Postgebühren 2 Mk. 60 Pf. Anzeigenpreis: die lebhaftesten Petitionen 25 Pf., auswärts 30 Pf. Amtlicher Teil 50 Pf. Reklamezeile 60 Pf. Beilagegebühr pro Tausend 10 Mk. Annahme der Anzeigen bis 10 Uhr vorm

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Pestilenz, Auspfernung, Wohlstand und Bedrohung im Betrieb der Druckerei oder unserer Zeitungen hat der Verleger keinen Anspruch auf Rückerstattung der Zeitung oder Abschaltung des Belegspartes.

Nr. 57.

Sonntag, den 11. Mai 1919.

30. Jahrgang.

Amtliches.

Belieferung der Nährmittelkarten

für Kranken, Schwangere und Stillende mit je 150 gr. Weizengrieß und 1 Paket Reiss oder Zwieback in der Zeit vom 15. bis 17. Mai. Anspruch auf eine bestimmte Sorte besteht nicht.

Kaufleute haben bis zum 11. Mai bei einem von der Gemeinde angegebenen Händler oder einer Apotheke einen Beihilfsschein abtreten zu lassen.

Die Händler bzw. Apotheker liefern die Abnahmen bis zum 12. Mai ab. Die Abgabe an die Händler erfolgt am 14. Mai. Grimma, 8. Mai 1919.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft. Warenverteilungskarte C. II. Post.

Sitzungsbericht.

In der gestrigen Sitzung des Stadtgemeinderates ist über folgendes beraten und Beschluss gefasst worden:

1. Das Gesuch des Herrn Fabrikbesitzers Lenisch um Herstellung eines Vorbaues an seinem Landhaus Schillerstraße 18 wurde befürwortet. Das Gesuch der Herren Gebrüder Funke um Errichtung einer Stellmacherwerkstatt, eines Holzschrupps und eines Sägewalters an der Kurzen Straße wurde bedingungsweise befürwortet. Das Gesuch des Herrn Schriftleiters Hugo Rösch wegen Erhöhung des Stallgebäudes in seinem Grundstück Kaiser-Wilhelm-Straße 15 wurde bedingungsweise befürwortet. Das Gesuch des Herrn Kaufmann Hugo Kraßel — Errichtung eines Gartensaals im Grundstück Schillerstraße 7 — wurde bedingungsweise befürwortet. Die Einziehung des Grundstücks wurde genehmigt. Das Gesuch der Stadtgemeinde wegen des Umbaus des Hauses Lange Straße 1 zu Zwecken der städtischen Verwaltung wurde befürwortet. Das Gesuch des Herrn Viehhändler Kiesel um Einziehung des der Stadt Leipzig gehörigen Grundstücks an der Großeckener Straße wurde bedingungsweise genehmigt.

2. Zu dem erneuten Ansuchen des Herrn geheimen Hofrats Dr. Werthauer in Berlin wegen Aufstellung eines Bauabschnittsplanes zur Verlängerung der Melanchthonstraße wurde beschlossen, dem Kastenkeller zu überlassen, mit den Anliegern selbst zu verhandeln. Die Stadt will aber soweit sie als Anliegerin in Betracht kommt, die auf sie entfallenden anteiligen Kosten übernehmen.

3. Das Gesuch der Leichenstrau um Erhöhung der Gebühren wurde in der gewünschten Weise genehmigt.

4. Von dem Gutachten des Hygienischen Instituts in Leipzig über die im Monat April entnommenen Beißungswasserproben, wonach die Zusammensetzung des Wassers als einwandfrei bezeichnet wird, nahm man Kenntnis. In der Sache ist Bericht an die Amtshauptmannschaft zu erhalten.

5. Wegen der diesjährigen Erdbeeren- und Kirschenreife soll versucht werden, Kirschen wieder wie im Vorjahr zu erlangen.

6. Die Lustbarkeitssteuer soll auf die doppelten Sähe erhöht werden.

7. Das Gesuch des bisherigen Gutsbezirks Polenz um Anschluß an die bietige Gemeinde hinsichtlich der Versicherung bei der Landesversicherungskasse wurde bedingungsweise genehmigt.

8. Das städtische Grundstück neben der Turnhalle soll an Herrn Moritz Kaufmann für 25 Mr. auf dieses Jahr verpachtet werden.

9. Das Gesuch des Herrn Poeschl und Zimmermann in Leipzig um Zulassung eines Automobils zu Personenzügen zwischen Naunhof und Lindhardt wurde wegen Mangels eines Bedürfnisses abgelehnt.

10. Die Stelle eines Desinfektors für den aus 18 Ortschaften bestehenden Desinfektionsbezirk Naunhof soll ausgeschrieben werden.

11. Von dem Abschluß des Vertrages wegen Verpachtung des Kastenkellers nahm man Kenntnis. Die notwendigen Ausbesserungen im Kastenkeller sollen nach vorheriger Besichtigung durch den Bauausschuß ausgeführt und vorgenommen werden.

12. Wegen einer geeigneten Kraft zur Beaufsichtigung der Notstandsbauten will man sich an den Rat der Stadt Leipzig wenden.

13. Die Anschläge der Maurer- und Zimmerleute und der Einzelpreise wegen Umbau des städtischen Hauses Lange Straße 1 wurden eröffnet und bekanntgegeben. Es soll eine nochmalige Ausschreibung der gesamten Arbeiten erfolgen, um über die Gesamtkosten unterrichtet zu sein.

14. Es soll versucht werden, wegen der in Angriff zu nehmenden Notstandsbauten einen Vertrag zur Lieferung eines größeren Postens Mauersteine abzuschließen.

Heraus nichtöffentliche Sitzung.

Naunhof, am 9. Mai 1919.

Der Stadtgemeinberat.

Die als verloren gemeldeten Warenbezugskarten I. Nr. 1078 bis 1081 werden hiermit für ungültig erklärt.

Jede widerrechtliche Benutzung dieser Karten wird bestraft.

Naunhof, am 10. Mai 1919.

Der Bürgermeister. Willer.

Der Arbeiterrat. Thiemann.

Landfrankenfasse Naunhof.

Sonntag den 25. Mai 1919, nachmittags 4 Uhr

im Kastenkeller zu Naunhof

soll eine Ausschüttung stattfinden, zu der die Herren Mitglieder des Ausschusses und die Herren Mitglieder des Vorstandes ergeben eingeladen werden.

Tagesordnung:

1. Abnahme der Jahresrechnungen 1918.
2. Beratung des VI. Sitzungsnachtrags.
3. Beratung des 3. Nachtrags zur Dienstordnung.

Naunhof, am 9. Mai 1919.

Der Vorsitzende des Vorstandes.

Vereinsbank Naunhof in Naunhof

Kredit-Gewährung.

Diskontierung und Einlieferung von Wechseln und Schecks, Scheine und Gros.-Verkehr.

Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren.

Bemerkung: 14. Februar 1919.

kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Reichsregierung ernannte in einem Aufruf das ganze Volk zur Einigkeit.

* Die Nationalversammlung ist auf den 12. Mai nach Berlin einzuberufen, wo sie in der neuen Aula der Universität tagen wird.

* Die militärischen Bedingungen des Friedens verleben Deutschland in die Reihe der Kleinstaaten.

* Die Reichsregierung hat den größten Teil der neuen Steuerverordnungen veröffentlicht.

* Die Reichsregierung protestiert gegen die Buhub polnischen Kriegsmaterials über Danzig.

* In einer Note an die Alliierten hat die Reichsregierung die sofortige Rückgabe der Gefangenen gefordert.

* Belgien erhebt gegen die geplante Stellung Deutsch-Ostafrikas unter englische Verwaltung Einspruch.

* Deutschland soll neben großen Mengen anderen Viehes auch 420 000 Pferde abliefern.

In der Schicksalsstunde.

Wir wollen sein ein einig Volk....

Heute ist das Schicksal, das wir in den Julitagen des Jahres 1914 nahmen und gegen daß wir uns damals einmütig und in begeistelter Hingabe an das Vaterland ausführten, über uns hereingebrückt. Wir fühlen es erst heute wohl, angefischt der unverhüllten Schwere. Damals rief das Vaterland seine Söhne. Und sie fanden in hellen Scharen, sie boten sich, ihr blühendes Leben, ihr Hab und Gut zum Opfer.... Heute ruft das Vaterland nach fast fünf Jahren noch einmal. Nicht mehr zur Abwehr mit den Waffen — die ist nicht mehr möglich — aber zu einer entschlossener Auslehnung der Herzen. Noch einmal ruft das Vaterland, zum letzten Male in seiner schweren Schicksalsstunde: Schließt die Reihen, seid einig, schert Euch um Eures Mutter Erde! Denn mag man uns deugen, brechen wird man uns nicht können.

Die Reichsregierung an das Volk.

In dieser ersten Stunde, da sich das Schicksal Deutschlands seiner Entschuldung nähert, wendet sich die Reichsregierung mit einem Aufruf an das deutsche Volk, der angefischt der feindlichen Friedensbestimmungen zu einer neuen Zusammenarbeit von Volk und Regierung aufzufordern. Der Aufruf weist darauf hin, daß wir in Erwartung eines Friedensfriedens gebürgt die harten Waffenstillstandsbedingungen und die Hungerblöcke ertragen haben. Was uns aber jetzt zugemutet werde, ist unerträglich und selbst bei Ausblendung aller Kräfte unerfüllbar. Es soll und Gewalt ohne Wut und Grenzen angehen werden. Berstaltung und Serreitung des deutschen Volkes und menschenwürdige Soldatenkunst seien daß Ziel dieses Friedensfriedens. Das deutsche Volk kann nur gewahrt werden, wenn Deutschland sich ohne Unterschied der Partei zusammenstelle und aufstehen auf dem Wege der Würde und im Glauben an den Sieg der Vernunft und des Rechts.

zu den deutschen Osten.

Einen zweiten Aufruf richtet die Reichsregierung an den deutschen Osten. Es wird der Befriedigung der östlichen Provinzen Preußens die Sicherung gegeben, daß die Regierung alles aufzuzeigen wird, um die Gefahren, die

durch die beabsichtigte Abtrennung großer Gebiete von Deutschland und durch die wirtschaftliche Abwertung Deutschlands von dem Gebiete des russischen Volkes bedrohten werden, abzuwehren.

Am Grabe Deutschlands.

Ministerpräsident Scheidemann über den Friedensvertrag.

Im Friedensausklang der Nationalversammlung nahm Ministerpräsident Scheidemann das Wort, um sich über die unerhörten Friedensbestimmungen der Entente auszulassen. Man habe, sagte er, am Grabe des deutschen Volkes, wenn all das, was sich hier Friedensbedingungen nenne, zur vertraglichen Tattheit werden sollte. Ein solcher Friede würde Deutschlands staatliche und nationale Vernichtung bedeuten. Von Billows berühmten 14 Punkten und von dem Völkerbundstaat sei überhaupt nicht mehr die Rede. Der Ministerpräsident nahm sich einzelne der 14 Punkte vor und wies klar und deutlich nach, daß sie zu den uns übermittelten Friedensbedingungen in einem schrecklichen Gegensatz stehen. Die nationale Selbstbestimmung und die Befreiung aller wirtschaftlichen Schranken, die den Willkürlichen Gedankengang beherrschten, seien plötzlich wie weggefegt.

Die Urkunde von Versailles wimmelt von Durchbrüchen des Grundzuges der wirtschaftlichen Unabhängigkeit. Die ungeheuerliche Bedingung aber ist, daß wir innerhalb zwei Jahren 20 Milliarden Mark in Gold, Waren usw. zahlen sollen, und zwar auf Grund einer uns vorgelegten Schadenergabung, die erst im Jahre 1921 festgestellt sein würde. Wir würden also sozusagen dauernd unter dem Damoklesschwert einer unbekannten Verzehrung stehen. Kurz und gut, dieser ganze Friedensvertrag sei nichts als ein bestraftes Todesurteil und ein Dokument des Hasses und der Verblendung. Trotz alledem habe die Reichsregierung den ernsten Willen, zu Verhandlungen und zum Frieden zu kommen. Sie habe die deutsche Abordnung in Versailles angewiesen, den feindlichen Regierungen die deutschen Gegenvorschläge innerhalb der vorgelegten Frist in Aussicht zu stellen und um die Abnahme mündlicher Ausprache zu ersuchen.

Eine Trauwoche für das Reich.

Der Präsident des Reichsministeriums hat aus Anlaß der Bekanntgabe des Friedensvertrages die eingestellten Regierungen ersucht, eine Trauwoche anzustellen. Es sollen alle öffentlichen Lustbarkeiten unterbleiben und in den Theatern die dem Ernst dieser schwersten Zeit entsprechende Stücke zur Aufführung gelangen.

Die Haltung der Parteien.

Die Friedensbedingungen sind unerfüllbar. Wenigstens noch keine bindenden Verträge der Parteien vorliegen, so darf doch schon jetzt gesagt werden, daß alle Parteien — einschließlich der Unabhängigen Sozialdemokraten — auf dem Standpunkt stehen, daß die Fried